GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Zeit zum Sorgen

Eckart, Christel

2000

https://doi.org/10.25595/698

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Eckart, Christel: *Zeit zum Sorgen*, in: Feministische Studien : Zeitschrift für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung, Jg. 18 (2000) Nr: s1, 9-24. DOI: https://doi.org/10.25595/698.

Diese Publikation wird zur Verfügung gestellt in Kooperation mit dem Walter de Gruyter Verlag.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: https://doi.org/10.1515/fs-2000-s103

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Christel Eckart

Zeit zum Sorgen

Fürsorgliche Praxis als regulative Idee der Zeitpolitik

Arbeit und die »Wiedererholung der Vermögen des Menschen«

Die Welle der Diskussion um die »Zukunft der Arbeit«, die »Arbeit der Zukunft« und darüber »wie wir arbeiten werden« scheint ihren Höhepunkt überschritten zu haben. Auf den ersten Blick scheinen die Diskussionen um den Wandel der Arbeitsgesellschaft und seine sozialpolitischen Folgen fortgesetzt zu haben, was Hannah Arendt in ihrer vielzitierten Kritik an der Arbeitsgesellschaft (1958 in englisch erschienen) für die bürgerliche Gesellschaft seit dem 17. Jahrhundert konstatierte, nämlich theoretisch die Arbeit zu verherrlichen. Unter der vorherrschenden politischen Rede von der Bedeutung der Arbeit als Mittel sozialer Integration scheint auch Arendts Einschätzung zuzutreffen, »daß diese Gesellschaft ... kaum noch vom Hörensagen die höheren und sinnvolleren Tätigkeiten (kennt), um deretwillen die Befreiung (von den Fesseln der Arbeit, C.E.) sich lohnen würde. Innerhalb dieser Gesellschaft, die egalitär ist, weil dies die der Arbeit angemessene Lebensform ist, gibt es keine Gruppe, keine Aristokratie politischer oder geistiger Art, die eine Wiedererholung der Vermögen des Menschen in die Wege leiten könnte« (1997, 13).

Nicht als Aristokratinnen und im allgemeinen nicht als Vertreterinnen höherer Tätigkeiten geschätzt, wenn auch in ihrer Weiblichkeit zuweilen idealisiert und zum Gegenbild instrumenteller Rationalität stilisiert, haben doch Frauen zu verschiedenen Zeiten und Gelegenheiten gegen diese Monokultur der Arbeitsgesellschaft deutlich Widerspruch erhoben. Sie haben ihre Kritik häufig aus ihrer Zuständigkeit für die alltägliche »Wiedererholung« des Menschen heraus entfaltet, aus ihren Erfahrungen mit den Tätigkeiten für die »physische und psychische Reproduktion« (Kontos / Walser 1979) im Familien- und Privatleben. Sie veröffentlichen damit die privatisierten Voraussetzungen der zur gesellschaftlichen Norm erhobenen Formen von vollzeitiger, ununterbrochener Berufstätigkeit und bringen die verleugneten Bedingungen für das »Normalarbeitsverhältnis« zur Sprache (Eckart 1993).

Dieses privat Gehaltene öffentlich zu artikulieren, um es politischer Diskussionen und demokratischer Gestaltung zugänglich zu machen, ist ein vielschichtiger Prozeß. Er führt durch Tabuverletzungen und Irritationen hindurch und ruft Gegenreaktionen hervor, weil er an ein tiefreichendes Arrangement

der Geschlechter rührt. Das Selbstverständnis von Frauen und Männern und ihr Bild von dem und der jeweils anderen ist mit den Normalitätsvorstellungen der Arbeitsgesellschaft in schwer entwirrbaren Fäden alltäglicher Deutungsmuster verbunden. Manchmal auch in so stereotyper Weise, daß es intellektueller Einsicht unerklärlich erscheinen muß, aus welchem offenbar fruchtbaren Humus die geschlechtsspezifischen Vorstellungen von »normalen« Arbeitsbiographien und Kontinuitätsfiktionen ihre hartnäckige Resistenz gegenüber allen faktischen Veränderungen beziehen. An der über vierzig Jahre lang immer wieder aufflammenden Diskussion um die Teilzeitarbeit wäre diese sture Redundanz in Deutschland zu dokumentieren.

Die gesellschaftliche Regelung der Arbeitszeit ist immer auch ein Thema der Geschlechterverhältnisse. Teilzeitarbeit ist in Deutschland bis heute eine Form der Frauenarbeit geblieben.[1] Bei ihrer Einführung in der BRD Ende der fünfziger Jahre, zur Zeit der Vollbeschäftigung, wurde sie Frauen, insbesondere Müttern angeboten, um diese als zusätzliche Arbeitskräfte zu gewinnen. Die verkürzte Arbeitszeit war ein Zugeständnis an die Interessen und Zeitbedürfnisse von Frauen, die in der Familie fürsorgliche Arbeit leisten und Beziehungen pflegen, die für die Gesellschaft unverzichtbar sind und die auch von Frauen selbst geschätzt werden (vgl. Eckart 1990).

Doch die politische Verallgemeinerbarkeit dieser Interessen und die Anerkennung fürsorglicher Praxis als einer Voraussetzung für die Befähigung, persönliche und soziale Beziehungen gestalten und erhalten zu können, ist von Hierarchien in den Geschlechterverhältnissen beeinflußt. Fürsorglichkeit, wie sie von Frauen meist aus ihrer sozialen Praxis der konkreten Sorge für andere heraus politisch zur Sprache gebracht wird, ist in der gesellschaftlichen Wertehierarchie dem Leistungsprinzip untergeordnet. Und sie ist in der Tradition der »Polarisierung der Geschlechtercharaktere« mit der bürgerlich – kapitalistischen Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern als weiblich konnotiert. Frauen sind dafür zuständig, und fürsorgliche Tätigkeit und Orientierung werden im Privaten verortet, mit Abhängigkeit und asymmetrischen Beziehungen verbunden. Dieses intuitive Alltagswissen und die daran gebundenen unreflektierten Wertungen und Deutungen von männlichen und weiblichen sozialen Positionen stehen einer politischen Verallgemeinerung der Fürsorge-Perspektive im Wege. Sie hemmen die Entfaltung von gestalterischer politischer Phantasie, die aus den Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen Kriterien für die Verbesserung des gesellschaftlichen Zusammenlebens gewinnen könnte.

Unter dem gesellschaftlichen Primat formalisierter Arbeitsbeziehungen und Leistungskriterien, mit dem Streben nach ökonomischer Unabhängigkeit und den individualisierten Anforderungen nach Flexibilität und Selbstverantwortung in der beruflichen Lebensplanung werden Fürsorglichkeit und das konkrete Umsorgen von Menschen gesellschaftlich abgewertet und ins Private verschoben (vgl. Fraser / Gordon 1993). Abhängigkeit, Schutzbedürftigkeit, Wünsche nach Zuwendung und verläßlichen emotionalen Beziehungen werden mit mangelnder Autonomie und mit der sozial untergeordneten Stellung von Frauen und Kindern in der patriachalen Familie nach dem „Ernährermodell"

assoziiert. An dessen Stelle könnten als allgemeines Leitbild Formen der Existenzsicherung treten, die bisher hauptsächlich Frauen in ihren Biographien kombiniert haben: aktive Zeiten in der Erwerbsarbeit und Pausen davon und wechselseitige Versorgungsregelungen in selbstgewählten Solidargemeinschaften (die seit 1999 in einigen Städten möglichen »registrierten gleichgeschlechtlichen Partnerschaften« weisen in diese Richtung). Die sozialstaatliche Sicherung solcher Wechselprozesse im Interesse der Einzelnen hätte den Vorrang gegenüber der Sicherung eines kontinuierlichen Status als Lohnarbeitnehmer (vgl. Ilona Ostner 1995). Das hieße schließlich: nicht die Suche nach der »Zukunft der Arbeit« wäre der Wegweiser für soziale Phantasie, »um deretwillen die Befreiung von den Fesseln der Arbeit sich lohnen würde«, sondern Vorstellungen vom lebendigen Zusammenleben von Frauen und Männern könnten die »Maßverhältnisse des Politischen« (Negt / Kluge 1992) formen.

Der Versuch, die systematischen Verzerrungen hinter den Vorstellungen und den institutionalisierten Formen des Normalarbeitsverhältnisses hervorzuholen, hat das Erkenntnisziel, die in diesen Verzerrungen unterdrückten verallgemeinerungsfähigen Interessen freizulegen und herauszufinden, welche Denkweisen und institutionalisierten Machtverhältnisse eine politische Verallgemeinerung verhindern.

Teile der Frauenbewegung und der Frauenforschung haben die industrielle Entwicklung schon im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts radikal kritisiert. Sie zeigten auf den Konstruktionsfehler der industriellen Gesellschaft, die vorgibt, sie könne von der zeitökonomisch strukturierten Erwerbsarbeit allein leben und die sich so verhält, als könne sie die moralischen Orientierungen und fürsorglichen Tätigkeiten von Frauen in der Familie und Privatsphäre wie eine Naturressource der Lebenswelt hemmungslos verbrauchen. Sie haben vor den menschlichen Verlusten solch eindimensionaler Orientierungen gewarnt, auch aus dem eigennützigen Interesse heraus, nicht im Privaten für die Kompensation dieses reduzierten Lebens herhalten zu müssen.

Marianne Weber formulierte 1913 die »Ermöglichung mannigfaltiger elastischer Formen sachlichen Wirkens neben Erfüllung der Gattungspflichten, Ermöglichung eines innerlich befriedigenden Nacheinanders sachlicher und persönlicher Leistungen« als Teil der »großen, mühevollen, aber erfüllbaren Kollektivaufgaben, welche unser Zeitalter der Frau auferlegt« (1919, 119). Und sie verlangte diese Anstrengungen, die im Leben von Frauen deutlich werden, verhalten, aber konsequent auch von den Männern:

Nicht die Frau allein ist für die Vollkommenheit des Seins verantwortlich, auch der Mann ist bestimmt, außer seinen Werken dem Leben zu dienen, sich selbst zu vollenden. Wird ihm dies gegenüber den Forderungen des Objektiven schwerer als ihr, nun, so ist ihm in der Sphäre des Persönlichen mehr als ihr nachzusehen, aber von dem Streben, auch hier das Vollkommene zu erreichen, kann er nicht dispensiert werden (1919, 132).

Die Worte Marianne Webers sind zugleich Beispiel dafür, wie Frauen in je zeitgenössischen »Diskursen« nach Ausdruck und (politischen) Strategien ge-

sucht haben, um ins Verhältnis zu setzen, was die ökonomische Rationalität, die der Gatte Max Weber als »Geist des Kapitalismus« beschrieb, auseinandergerissen hat: die Verbindung zwischen Arbeit und Bedürfnissen. Die feministischen Analysen der Hausarbeit, der fürsorglichen Praxis und der Involviertheit von Frauen in menschliche Primärbeziehungen als Liebespartnerin oder als Mutter haben in bestimmten historischen Situationen nach Begriffen und Ausdrucksformen gesucht, um jene durch den Arbeitsdiskurs verdrängten Bedürfnisse und Beziehungen beim Namen zu nennen und sie der Kommunikation und Gestaltung zugänglich zu machen und Anregungen für zukünftige Formen des Zusammenlebens zu bieten.

Krise eines männlichen Sozialcharakters

Wenn Frauen aus der fürsorglichen Praxis heraus Bedürfnisse und Forderungen nach Veränderungen der gesellschaftlichen Arbeitsbedingungen auf die politische Agenda bringen, erschüttern sie damit Gewohnheitsrechte und Selbstbilder von Männern und Institutionen – wie das Normalarbeitsverhältnis –, die sich ihrer patriarchalen Fundamente nicht (mehr) bewußt sind, sie erinnern an Abhängigkeiten und Bedürftigkeiten, die hinter dem Streben nach ökonomischer und professioneller Selbständigkeit verdrängt wurden. Wenn diese verdrängten Bedürfnisse und ihr Zusammenhang mit dem Geschlechterverhältnis wie bei einigen Autoren nur in einem Verlust- oder Zerfallsdiskurs auftauchen, werden keine Perspektiven für positive Gestaltungskriterien mehr daraus entfaltet. In der »Risikogesellschaft« (1986) hatte Ulrich Beck die späte männliche Einsicht mit Selbstironie gestraft. Durch die individualisierte Lebensführung auch von Frauen, die nicht mehr Karrierehelferinnen ihres Mannes sind, würden die alltäglichen Voraussetzungen des männlichen Berufslebens sichtbar. »Die frauenbestimmte Seite der männlichen Existenz gerät aus der Balance. Gleichzeitig dämmert den Männern ihre Unselbständigkeit in Alltagsdingen und ihre emotionale Angewiesenheit.« (1986, 186) Gleichzeitig bestärke jedoch die »Individualisierung (im Sinne marktvermittelter Existenzführung) ... männliches Rollenverhalten«. Denn, so behauptet er:

Vaterschaft und Beruf, ökonomische Selbständigkeit und Familienexistenz sind im männlichen Lebenszusammenhang keine Widersprüche, die gegen die Bedingungen in Familie und Gesellschaft erkämpft und zusammengehalten werden müssen, ihre Vereinbarkeit (ist) vielmehr in der traditionellen Männerrolle vorgegeben und gesichert (a.a.O. 185).

Bei diesem kruden Verständnis der Männerrolle werden auch Bedürfnisse nach emotionalen Bindungen funktionalistisch rationalisiert. »Das Bedürfnis nach geteilter Innerlichkeit, wie es im Ideal der Ehe und Zweisamkeit angesprochen wird, ist kein Urbedürfnis. Es wächst mit den Verlusten, die die Individualisierung als Kehrseite ihrer Möglichkeiten beschert. In der Konsequenz führt der direkte Weg aus Ehe und Familie meist früher oder später wieder in

sie hinein – und umgekehrt« (a.a.O. 175). Hinter dieser ironisch distanzierten männlichen Selbstkritik mag sich die Angst vor der Enttäuschung und Demütigung verbergen oder die Furcht davor, daß Fürsorglichkeit und Verletzbarkeit nahe beieinander liegen. Wünsche und Ängste, die nicht mehr formuliert werden, geraten in Vergessenheit und tragen zu jenem »Gestaltungspessimismus« bei, der in den Diskussionen um die Umbrüche der Arbeitsgesellschaft vielfach grassiert. Er ist nicht zuletzt Folge jener »mächtigen Zerstörungen im politischen Prozeß«, die »auf einem Mangel an Ausdrucksmöglichkeit« beruhen, wenn »keine Zeit für die Herausbildung dieses Ausdrucks vorrätig« oder »wenn kein Versammlungsort vorstellbar ist, kein ›field of employment‹«, wie Negt / Kluge den politischen Verlust anschaulich beschreiben (1992, 32f).

In seinem Buch »The Corrosion of Character« (1998)[2] beschreibt Richard Sennett in generalisierenden Zügen, wie der »neue Kapitalismus« mit seinen Anforderungen an zeitliche Flexibilität und geographische Mobilität einen »Konflikt zwischen Charakter und Erfahrung geschaffen« (a.a.O. 37) habe. »Der Charakter konzentriert sich insbesondere auf den langfristigen Aspekt unserer emotionalen Erfahrung« (a.a.O. 11). Einer zusammenhanglosen Zeit ausgesetzt, werde die Fähigkeit der Menschen, ihre Charaktere zu durchhaltbaren Erzählungen zu formen, bedroht. Am Beispiel des Computeranalysten Rico schildert Sennett eindringlich dessen entstehende Angst, die Kontrolle über sein Leben zu verlieren.

Es stellte sich heraus, daß seine Angst, die Kontrolle zu verlieren, sehr viel tiefer ging als die Besorgnis, bei seiner Arbeit weniger Autorität zu besitzen. Es ging um sein Gefühlsleben. Er befürchtete, durch seinen Lebensstil, den der Konkurrenzkampf in der modernen Wirtschaft erzwingt, jede innere Sicherheit zu verlieren, in einen Zustand des Dahintreibens zu geraten (a.a.O. 22).

Auch das Verhältnis von Arbeit und Familie erlebt Rico als Konflikt mit dem Problem, wie langfristige familiale Beziehungen vor den Auswirkungen der modernen Arbeitswelt mit ihrem von Kurzfristigkeit geprägten Verhalten und dem Mangel an Loyalität und Verbindlichkeit zu schützen seien. Für Rico soll die Familie langfristig Tugenden wie förmliche Verpflichtungen, Verläßlichkeit, Loyalität und Zielstrebigkeit vermitteln (a.a.O. 31). Nach Sennetts Beschreibungen versucht Rico, sich an den Tugenden seines Vaters zu orientieren. Für diesen, einen Hausmeister italienischer Abstammung, hatte sein geregeltes Berufsleben und die Selbstdisziplin einen sinnstiftenden Rahmen in der Familie, mit einer Ehefrau, die eine Arbeitsstelle außer Haus erst annahm, als die beiden Kinder im Heranwachsen waren. Sennett konzentriert seine Überlegungen in seinem Essay hauptsächlich auf Veränderungen im Berufsleben. Dabei werden die Werte und Erfahrungen in der Familie und im Beruf aus einer männlichen Perspektive zu eng analog verknüpft. Der Vergleich zwischen Vater und Sohn gerät Sennett zu einer auffallenden Stilisierung der »linearen Erzählung« von Vater Enricos Lebensgeschichte, in der dieser sich als Autor seines Lebens fühlte – in einer traditionellen Arbeitsteilung mit seiner Frau. Die Veränderungen im Leben der Ehefrau und die daraus folgenden

neuen Erwartungen an den Mann werden kaum reflektiert. Sohn Rico führt sein Leben mit einer Ehefrau mit gleicher Ausbildung und gleich mobiler Berufstätigkeit, wie er sie hat, und mit zwei Kindern. In dieser Familie wird von ihm nicht die Rolle des Familienernährers erwartet, sondern vermutlich die eines fürsorglichen Vaters mit der Praxis von »väterlich schützender Achtsamkeit«.[3] Für die fehlt ihm das Vorbild. In der alten Rolle seines Vaters und im Beruf sucht er danach vergeblich.

Die Umbrüche der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft gehen mit der Krise eines »männlichen Sozialcharakters« einher, der an Normalitätsfiktionen von Berufstätigkeit gebunden war. Die harten Hinweise auf unausweichliche Realitäten der ökonomischen und organisatorischen Entwicklung der Erwerbsarbeit scheinen für einen von der beruflichen Sozialisation geprägten Sozialcharakter eher als Ursache für eine unausweichliche Veränderung akzeptabel, als daß er sich freiwillig auf seine Wünsche und Bedürfnisse besänne. Flexibilität wird als Anforderung neuer Arbeitsorganisation wie eine zwanghafte Setzung aufgegriffen und nicht etwa als reflexive Distanz zu den neuen Verhaltenszumutungen im Berufsleben geübt und gefordert. Die Vergleiche mit den Lebens- und Arbeitsverhältnissen von Frauen geraten unter dieser Perspektive eher zur Bedrohung. In einem Interview zum 1. Mai 1997 skizzierte Ralf Dahrendorf die anstehenden Veränderungen in der persönlichen Lebensführung:

Jetzt kommt eine Zeit, in der wir wieder in andere Lebensformen hineinkommen – nicht alle, aber eine wachsende Zahl. Diese Lebensformen werden eher denen ähneln, die Frauen in den letzten Jahrzehnten gekannt haben, als denen der Männer, das heißt, es werden nicht Karrieren sein, sondern Kombinationen von Teilzeitarbeit, gelegentlichen Arbeitsverträgen, von unbezahlter Arbeit und freiwilliger Tätigkeit für den Allgemeinnutzen, von einer ganzen Fülle von Dingen. Das Entscheidende ist: Dieser fundamentale Wandel sollte von der Politik erleichtert und nicht erschwert werden. Hier versagen die Politiker. Ihr Diskurs hält sich völlig in antiquierten Bahnen, während tatsächlich Menschen schon längst auf anderen Wegen sind ... Es ist eine ganz verrückte Welt, in die wir da hineingeraten, gemessen an den starren Maßstäben der alten Arbeitsgesellschaft. Aber das ist der Übergang, und der tut manchen weh, solange er dauert, vor allem den Männern, die sich nicht daran gewöhnen können, daß der rigide Karrieregedanke eines Jobs auf Lebenszeit nicht mehr zukunftsträchtig ist (du, H. 5, 1997, 17).

Dahrendorf hatte auf dem Deutschen Soziologentag 1982, der der Frage nach der »Krise der Arbeitsgesellschaft« nachging, einen eröffnenden Vortrag gehalten. Sein Titel »Wenn der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht« und einige seiner Perspektiven folgten Hannah Arendt u.a. auch in der Frage, »in welchem Maße Arbeit zu Tätigkeit werden kann, zu Arbeitstätigkeit zumindest, also zu heteronomem Tun mit einem kräftigen Schuß Autonomie« (Dahrendorf 1983, 32). Er endete mit der Warnung: »Es ist daher nötig, im Sinn zu behalten, daß der Arbeitsgesellschaft zwar die Arbeit ausgeht, ihre Herren aber alles tun, um die Arbeit wieder zurückzuholen und den Weg zu einer Gesell-

schaft der Tätigkeit zu verbauen« (a.a.O. 37). Welchen Anteil die Denkweisen männlicher Wissenschaftler an diesen Strategien der »Herren« haben, ist auch kritischen Geistern oft nicht bewußt. Frauen und ihre Arbeit und Tätigkeiten erwähnte Dahrendorf in seinem Vortrag nur ein einziges Mal als Hausfrauen, die – so seine Formulierungen – alle Schwarzarbeit oder »Schwarztätigkeit« leisten, die er als eine alltägliche Form der Tätigkeit betrachtete, die über die Lohnarbeit hinausweise. Die noch junge Sektion Frauenforschung in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie hatte auf jenem Soziologentag mit Aktionen im Vortragssaal und mit gründlichen Analysen und weitreichenden Perspektiven die vom männlichen Blick beherrschte Arbeitsdiskussion provoziert und die Erweiterung des Arbeitsbegriffs und seine Grenzen unübersehbar auf die Tagesordnung sozialwissenschaftlicher Diskussionen gebracht. Als »Menschen, die schon längst auf anderen Wegen« waren, haben feministische Wissenschaftlerinnen aus den reflektierten Erfahrungen der Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen Perspektiven eröffnet, die den »starren Maßstäben der alten Arbeitsgesellschaft« andere gelebte Realitäten entgegensetzten, die zur theoretischen und praktischen Anerkennung von Fürsorgebeziehungen und wechselseitigen Abhängigkeiten im Geschlechterverhältnis führen sollten.[4]

Der Einfluß der Frauenforschung auf die inzwischen allgemein als notwendig erachtete und in Anspruch genommene »Erweiterung des Arbeitsbegriffs« gehört gewiß zu ihrer Erfolgsgeschichte. Doch häufig um den Preis, daß in Hannah Arendts polemischem Sinne die theoretische Verherrlichung der Arbeit noch weiter getrieben wurde (z.B. in Begriffsschöpfungen wie der »Beziehungsarbeit« oder »Gefühlsarbeit«), während die Bemühungen um die Erweiterung des Ausdrucksvermögens für die Ästhetik und Erotik des Zusammenlebens und für die vielfältige Lebendigkeit der individuellen Lebensgestaltung und reziproker Beziehungen auch in der Frauenforschung marginalisiert wurden (vgl. dazu Stolt 1999).

Erweiterung des politischen Ausdrucksvermögens

Wir brauchen anregende Bilder und die Artikulation von persönlichen Erfahrungen, Wünschen und Bedürfnissen, mit denen Menschen aus eigenen Motiven eine andere Organisation von Arbeit und Zeiten anstreben, um aus den rechnerischen Begriffen auszubrechen, mit denen Arbeit und Zeit wie knappe Güter verplant, neu verteilt, errechnet, als »Zeitwohlstand« vermehrt und von »Arbeitskraftunternehmern« oder gar »Lebensunternehmern« geschickt kalkuliert werden sollen. Sie müssen in den alltagspolitischen Argumentationen um die Neugestaltung der Arbeitsverhältnisse nicht nur im Feuilleton der Medien vorgebracht werden. Dabei soll nicht einem »linguistischen Idealismus« gehuldigt werden. Vielmehr soll die Aufmerksamkeit dafür geschärft werden, daß wir differenzierte Analysen des Zusammenhangs zwischen sozialen und politischen Praktiken und den Diskursen, mit denen sie beschrieben werden, benötigen, die das Geschlechterverhältnis auch in seinen sozialpsychologischen Repräsentanzen systematisch verfolgen und seine verdeckten Wirkun-

gen offen legen. Um soziale Phantasie und politische Kraft für zukünftige Arbeits- und Lebensformen zu entfalten, die die Interessen der Arbeitenden und umfassender: die der Bürgerinnen und Bürger nicht pragmatisch und schicksalhaft an die Produktionsbedingungen binden, wäre ein Ende der patriarchalen Überheblichkeit gegenüber den Lebensverhältnissen von Frauen und gegenüber einer feministischen Kritik an der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit längst ein notwendiger Akt politischer Vernunft. Der Widerstand dagegen hat sowohl sozialpsychologische Dimensionen und ist auch in den institutionalisierten Formen von Politik und Denkweisen zu suchen. Politische Öffentlichkeiten mit patriarchaler Tradition versperren sich der politischen Verallgemeinerung von Maßstäben, denen ihre Herkunft aus den sozialen Kontexten von Frauen noch anzusehen ist, gelten diese in ihrer Bindung an die Familien- und Privatsphäre doch als das Besondere, Andere und Traditionelle.

Das politische Ausdrucksvermögen einer kritischen Frauenpolitik, die soziale Anliegen aus der Privatsphäre zu politischen machen will, gerät unter der vorherrschenden Sprache von politischer und ökonomischer Rationalität in einen Übersetzungszwang. Orientierungen an emotionalen persönlichen Beziehungen, an individuellen Bedürfnissen und wechselseitiger persönlicher Wertschätzung gelten unter der Priorität formaler Rationalität als traditionell und im Konfliktfalle ihr untergeordnet. Beides immer wieder neu ins Verhältnis zu bringen, ist jedoch ein emphatisches Ziel im Prozeß demokratischer Verhandlungen von Konflikten.

Wenn es das Verständnis von der Zivilgesellschaft ist, Dissens zuzulassen und nach Prozessen der Bearbeitung von Konflikten zu suchen, müssen auch die Voraussetzungen bedacht werden, unter denen Anliegen und Ansprüche in der Öffentlichkeit als konfliktfähig anerkannt werden und unter denen Frauen und Männer ihre Anliegen überhaupt äußern können. Politik als Prozeß der Konfliktregelung erfordert stets auch schon den Streit um die Formulierung aller Anteile am Konflikt, so daß eine einseitige Definitionsmacht bereits über das, was als Konflikt gelten soll, durch die Artikulation marginalisierter Erfahrungen erschüttert wird. Die Anpassung der Argumente für eine Veränderung der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit an die »Sachzwänge« des Produktionsprozesses geht dagegen mit der Entwertung von politischen Gestaltungskriterien einher, die nicht aus diesem Bereich stammen. Daß Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen das Ergebnis des politischen Streits zwischen Kontrahenten mit konfligierenden Interessen und verschiedener politischer Durchsetzungskraft sind, ist für die Konstellation zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern offensichtlich. Betrachten wir jedoch die Geschlechterverhältnisse, dann kommen weitere zusätzliche Differenzen zum Vorschein, deren soziale Konflikthaftigkeit nicht in ihrer ganzen Reichweite im Streit anerkannt ist. Frauen und Männer nähern sich den Problemen von Arbeitszeitregelungen aus verschiedenen sozialen Gebundenheiten und aus verschiedenen Alltagserfahrungen mit Bedürfnissen und Interessen, die einander widerstreiten können. Zum einen ist die Arbeitszeit der meisten Frauen nicht auf Erwerbsarbeit beschränkt, sondern auch in der Arbeit für Familie und Haushalt gebunden. Zum anderen hatten und haben die we-

nigsten erwerbstätigen Frauen in Deutschland »Normalarbeitsverhältnisse« und »Normalarbeitszeiten« gemessen am Modell für Männer. Dies ist nicht nur eine einfache statistische Abweichung oder Ausnahme von Normalität. Vielmehr ist sie Ausdruck einer sozial und sozialpsychologisch tiefreichenden geschlechtlichen Arbeitsteilung. Der Maßstab von Normalität im Erwerbsarbeitsleben ist auf der Grundlage der ungemessenen, unbezahlten reproduktiven Arbeit und der Fürsorge von Frauen errichtet worden, während der berufstätige Mann von diesen Tätigkeiten und von der Erwartung, sie verantwortlich zu übernehmen, »freigestellt« ist. Unter dem normativen Anspruch demokratischer Verhältnisse und sozialer Gleichheit der Geschlechter dürfte dieser Maßstab als Normalität nicht verallgemeinert werden; vielmehr müßten durch die politische Anerkennung der Arbeit und Tätigkeiten in der Familie oder in anderen Formen des verläßlichen Zusammenlebens, für die Frauen bisher zuständig sind, die Kriterien neu definiert werden.

In der Tagespolitik werden Versuche von Frauen, ihre Forderungen verallgemeinernd zu formulieren und zu vertreten, häufig abgebogen und auf Umleitungen geführt. Bei den sprachlichen Übersetzungen geht nicht nur die Erinnerung an das politische Subjekt der Forderungen verloren und damit die Möglichkeit einer Traditionsbildung; es werden auch die Ziele, die mit den Forderungen aus einer bestimmten sozialen Erfahrung und Interessenlage verbunden waren, verfehlt. Gemessen an einer regulativen Idee des »Politischen als Prozeß, der Gemeinwesen und Emanzipation herzustellen vermag« (Negt / Kluge 1992, 47), entsteht durch politische Verallgemeinerungen in Institutionen mit ungebrochen männlicher Tradition keine Erweiterung des »schützenden Umkreises« der subjektiven Rechte der Einzelnen, wodurch »die assoziativen gesellschaftlichen Kräfte freigesetzt werden können« (a.a.O.).

Ein Beispiel aus dem Almanach gewerkschaftlicher Programmatik: Eine Gruppe von Frauen der Gewerkschaft ÖTV hatte, anknüpfend an die kritischen Analysen aus der Frauenforschung, auf ihrem Gewerkschaftstag 1988 gefordert, wenn die Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern realisiert werden solle, müßten die Regelungen der Erwerbsarbeitsverhältnisse »vom Leitbild des von der Familienarbeit entlasteten männlichen Arbeitnehmers als Normalarbeiter abrücken. Der Mensch, der für sich, seine Kinder, die Familie materielle und emotionale Reproduktionsarbeit leistet, soll zum Maßstab des Normalarbeitnehmers / der Normalarbeitnehmerin genommen werden.« Die soziale Anerkennung von Fürsorglichkeit war in diesem Antrag Maßstab für die Gestaltungskriterien, nicht das soziale Konstrukt einer Arbeits-Monade. Der Antrag wurde lebhaft kontrovers diskutiert, schließlich jedoch auf Anraten der Kommission zurückgezogen. Doch im wirklichen Leben wirken die Konflikte weiter. 1996 nahm der DGB den Vorsatz in sein Grundsatzprogramm auf: »Der Einsatz der Gewerkschaften wird künftig noch stärker darauf zielen, die Gleichstellung von Frauen und Männern im Arbeitsleben tatsächlich zu erreichen. (...) Arbeitszeiten müssen so gestaltet sein, daß Erwerbspersonen mit Erziehungs- und Pflegeaufgaben nicht aus dem Erwerbsleben gedrängt werden.«

In dieser Absichtserklärung im klassischen Feld der Gewerkschaftspolitik sind das »Erwerbsleben« und die Erwerbsarbeit so im Zentrum, daß sie andere

Tätigkeiten und Lebensweisen weiterhin marginalisieren. Gewiß ist es möglich, daß gewerkschaftliche Frauenpolitik sich taktisch auf diese Programmatik bezieht. Doch anders als in den eigenen Formulierungen müssen die Frauen nun wieder gegen den Objektstatus kämpfen, in den sie gebracht wurden.

Die »Übersetzungen« sind keine linguistischen Harmlosigkeiten. In der Umformulierung steckt die systematische Verzerrung durch institutionalisierte Formen der Tarifpolitik und der betrieblichen Interessenvertretung, die das Modell des männlichen Normalarbeiters begünstigen. Instanz der Kritik an der Unterdrückung verallgemeinerungsfähiger Interessen sind die Betroffenen, die die Folgen dieser Entscheidungen zu tragen haben. Es sind aufgrund der geschlechtlichen Arbeitsteilung überwiegend die Frauen, die für sich eine Balance zwischen (ökonomischer) Selbständigkeit und konkreter Sorge für andere herstellen müssen. Darum sind sie es auch, die Fürsorgebeziehungen und die sozialen Bedingungen der Fürsorge als Praxis in der Öffentlichkeit zum Thema machen.

Erfahrungen und Ausdrucksformen, die zur »Wiedererholung der Vermögen des Menschen« führen könnten, werden von den Erklärungsmustern ökonomischer Entwicklungen und Rationalisierungen zugeschüttet. Die Orientierung am sinnlich Wahrnehmbaren, die Teilhabe an der sensuellen Welt ist nicht sogleich sprachlich vermittelt. Sie sind deshalb dennoch nicht politisch naiv. Die Bedingungen für die Entwicklung des Wahrnehmungsvermögens sind politisch und gesellschaftlich geformt. Zeit, Raum und Ressourcen für die Entwicklung von Fähigkeiten und Sensibilitäten sind verallgemeinerungsfähige Gegenstände politischer Ansprüche, wenn wir die Befähigung der Menschen, ihre selbstgewählten Lebensentwürfe zu verwirklichen, im Auge haben.[5] Die Aufmerksamkeit gilt der Entwicklung des zur Wahrnehmung und Entscheidung fähigen Bürgers, der den Verlust von und den Verzicht auf Möglichkeiten erfahren und benennen und sich dagegen wehren kann.

Politik kann daran gemessen werden, ob sie die Möglichkeiten zu dieser Befähigung der Bürger und Bürgerinnen erweitert oder beschneidet und wie sie das Ausdrucksvermögen beeinflußt, diese Möglichkeiten zu fordern. In der Einleitung zu ihrem Buch »The Quality of Life« (1993) bündeln Martha Nussbaum und Amartya Sen emphatisch die Perspektive, die viele konkrete Fragen nach sich zieht:

We need perhaps above all, to know how people are enabled by the society in question to imagine, to wonder, to feel emotions such as love and gratitude, that presuppose that life is more than a set of commercial relations, and that the human being ... is an ›unfathomable mystery‹, not to be completely ›set forth in tabular form‹ (a.a.O. 1f.).

Fürsorgliche Praxis als politisches Gestaltungskriterium

Nach der feministischen Kritik an den vernachlässigten Voraussetzungen des Normalarbeitsverhältnisses, der Analyse der Reproduktionsverhältnisse als

Kehrseite der Erwerbsarbeitsgesellschaft haben feministische Analysen der Konstruktion und Krise des Sozialstaats die Bedeutung von fürsorglicher Praxis und den sozialen Orientierungen, die aus dieser Praxis sich entwickeln, erneut entfaltet (vgl. Braun / Jung 1997). Ähnlich wie bei der Analyse der Arbeitsverhältnisse war die Kritik an der Konstruktion des Sozialstaates auf »Kosten der Frauen« (Gerhard u.a. 1988) und daran, daß die Versorgungsarbeiten einseitig den Frauen zugewiesen sind, ein Ausgangspunkt für die Entfaltung weiterreichender Perspektiven. In einigen sozialphilosophischen Überlegungen, die vor allem von US-amerikanischen Autorinnen angestellt wurden, ist ein wesentlicher Ausgangspunkt, daß das menschliche Leben in Beziehung dem eigenständigen Leben vorausgeht und daß diese Erfahrung uns nahe legt, dem affektiven Fundament menschlicher Existenz die angemessene Aufmerksamkeit zu widmen.

Aus dieser Perspektive wird eine Vorstellung von Reziprozität in der Fürsorge entwickelt und zu einer Kritik an der Dominanz instrumentellen und rationalisierenden Denkens entfaltet. Reziprozität in der Fürsorge ist nicht wie im Vertragsmodell die Folge einer eingegangenen Verpflichtung, kein Versprechen auf Gegenseitigkeit. Sie entsteht durch die Akzeptanz der Beziehung. Nach Nel Noddings besteht Reziprozität darin, daß wir die Realität eines anderen als Möglichkeit wahrnehmen und daß wir die Erinnerung, versorgt worden zu sein, als lebensgeschichtliche erhalten (vgl. Noddings 1993).

Sara Ruddick (1993) entwickelt die Perspektive verantwortlicher Fürsorge aus der Reflexion der »mütterlichen Praxis« (von Männern oder Frauen ausgeübt, unabhängig davon, ob sie biologische Eltern eines Kindes sind), der ein »mütterliches Denken« folgt. Mit ihrer »Arbeitstheorie der Elternschaft« beschreibt S. Ruddick eine bestimmte Praxis mit ihren Zielen und die Art des Denkens und der Orientierungen, die sich daraus entwickeln. Das Ziel mütterlicher Praxis ist, daß die Versorgung und Erziehung des Kindes gelingen möge. Das Ziel entsteht durch die Annahme der Beziehung und der Verantwortung für ein Kind. Das Interesse in der mütterlichen Praxis ist nach Ruddick weniger ein materielles als ein moralisches, das durch die Akzeptanz und Entwicklung der konkreten Beziehung zum Kind entsteht. Mütterliches Denken, das aus dieser Praxis folgt, unterscheidet sich von einem Denken in Begriffen von materiellen Interessen und Kontrolle durch die Idee, daß Wesentliches aus der Interaktion mit einem schwachen, abhängigen, heranwachsenden Gegenüber gelernt werden kann und muß. Daraus entstehen bestimmte Wege von Begreifen und von Konzeptionen der Realität und Wertorientierungen.

Ruddick entfaltet drei Orientierungen, die sich aus dem verantwortlich akzeptierten Umgang mit Kindern entwickeln und darüber hinaus zu verallgemeinern sind: Schutz gewähren, persönliche Entwicklung und Veränderung begleiten und soziale Akzeptanz fördern. Diese Orientierungen entstehen aus der Praxis in einer asymmetrischen Beziehung zwischen Erwachsenen und Kindern, in der die Verschiedenheit anerkannt und die Wechselseitigkeit akzeptiert ist. Sie fördert Offenheit, Aufmerksamkeit für den Anderen und auf Entwicklung bezogenes Denken. Das Leben in der akzeptierten Beziehung bedeutet die ständige Veränderung aller Beteiligten. In ihrem sozialen und poli-

tischen Kontext reflektiert, können diese Orientierungen als regulative Idee für die Gestaltung von Arbeits- und Lebensverhältnissen hilfreich sein.

»Privilegierte Verantwortungslosigkeit« hat Joan Tronto (1993) an politischen Denkweisen kritisiert, die die Formen von Fürsorglichkeit und ihre Verteilung nicht berücksichtigen, eine Verantwortungslosigkeit derer, die Fürsorge selbstverständlich konsumieren, jedoch nicht selbst praktizieren. In den demokratietheoretischen Überlegungen soll aus der Reflexion über Fürsorge als soziale Praxis erweitertes politisches Denken entfaltet werden (Sevenhuijsen 1997). Fürsorge als unerläßlicher Teil unserer öffentlichen Persönlichkeit, als Ressource bedeutungsvollen Handelns ist nicht auf das Reich der Notwendigkeit beschränkt, sondern wesentlicher Aspekt der Kommunikation und Interaktion. Sie unterliegt formellen und informellen Regeln und Gewohnheiten, ist beeinflußt von sozialen Machtkämpfen und Interpretationen. Darum sind die »Regelungen öffentlicher Angelegenheiten« danach zu beurteilen, wie sie die Bedingungen fürsorglicher Praxis beeinflussen und wie umgekehrt moralische Implikationen von Fürsorglichkeit zu öffentlichen Kriterien werden können.

Das Nachdenken über Fürsorge bedeutet auch, das Individuum wieder mit einem Körper zu versehen und das männliche Modell eines körperlosen, bindungslosen, autonomen Individuums zu verabschieden, das nach rationaler Abwägung seiner Interessen handelt und sich im übrigen versorgen läßt. Es erfordert politischen Mut und die Anstrengung um die Erweiterung des politischen Ausdrucksvermögens, über die komplexen Aspekte der Fürsorge zu sprechen, über ambivalente Bedürfnisse, Abhängigkeiten, Verletzlichkeit und Grenzen. Und es braucht Zeit und Räume der Kommunikation zum Austausch dieser Erfahrungen und zur Selbstvergewisserung, aus der politische Argumente formuliert werden können.

Die gesellschaftstheoretische Weiterentwicklung der Fürsorge-Perspektive geschieht in einem Bezugsrahmen von Interdependenzen – zwischen Selbst und Anderen, zwischen Frauen und Männern, zwischen verschiedenen moralischen Orientierungen –, in dem ein dynamisches Konzept von Wechselseitigkeit entfaltet wird.[6] Mit einem solchen Konzept können jene materialen Prozesse, Denkformen und sozialen Praktiken identifiziert werden, die Veränderungen durch die Interdependenzen blockieren und einseitige Abhängigkeiten schaffen. Grundlegend ist in dieser Theorie ein Konzept von Autonomie, das nicht als Gegenpol von Abhängigkeit konstruiert ist, sondern als Anerkennung der Abhängigkeit und als Erfahrung mit ihrer verantwortlichen Gestaltung, im Gegensatz zur »privilegierten Verantwortungslosigkeit«. Die skizzierte feministische Perspektive auf die Praxis von Fürsorge und Zuwendung leitet deren Bedeutung nicht in erster Linie aus ihrer Funktion für die Gesellschaft ab, sondern richtet den Blick auf die Angewiesenheit auf menschliche Beziehungen, Bindungen, wechselseitige Anerkennung und auf den Wunsch, fürsorglich zu sein (vgl. Benjamin 1990, Ruddick 1993, Noddings 1993). Sie ist nicht das Mittel, um politische Krisen zu lösen, sondern sie bildet ein Korrektiv gegenüber einer Hegemonie instrumenteller Rationalität im politischen Diskurs um die »Tätigkeitsgesellschaft«[7] und um neue Zeitregelungen.

»Frauen verändern die Zeiten« – ein Beispiel aus Italien

Von diesen Überlegungen bis zum konkreten politischen Handeln ist der Weg nicht so weit, wie es zunächst scheint. »Zeiten der Stadt« ist inzwischen auch in einigen Städten in Deutschland zum Kürzel für ein politisches Projekt geworden, das aus der Frauenbewegung in Italien stammt (vgl. Bonfiglioli 1998, Geissler 1998). Es ist in Italien ein ambitioniertes und erfolgreiches Projekt, an dem die Bedingungen der Entstehung, die Formen der praktischen Umsetzung, die Übersetzungsprozesse in die verschiedenen Öffentlichkeiten, die Möglichkeiten und Grenzen der Verallgemeinerung politischer Maßstäbe aus feministischen Perspektiven zu verfolgen sind. Dies soll hier für die Fürsorglichkeitsperspektive nur angedeutet werden.

Frauen aus der Frauenbewegung, aus der kommunistischen Partei und den Gewerkschaften haben in Italien Ende der 80er Jahre durch eine schwungvolle Initiative den Kampf um die Anerkennung von politischen Gestaltungskriterien aus den reflektierten Lebensverhältnissen von Frauen in die Politik gebracht. Sie bündelten Einsichten und Kategorien aus der italienischen Frauenforschung zu den Zeiten und Rhythmen des Alltagslebens und zu den Differenzen und Asymmetrien zwischen Männern und Frauen im Umgang mit der Zeit in einer politischen Initiative, die sich in eine anstehende lokale Verwaltungsreform einmischte. Sie machten 1990 einen Gesetzesentwurf zur Grundlage eines Volksbegehrens unter dem Titel »Die Frauen verändern die Zeit. Ein Gesetz, um die Arbeitszeiten, die Öffnungszeiten der Stadt und den Rhythmus des Lebens humaner zu gestalten.« In 33 Artikeln wurde die umfassende Zielsetzung wie »die Neuverteilung der Familien- und Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern und zwischen Gesellschaft und Individuen«, die »Selbstbestimmung der Einzelnen über ihre Zeit« und ein »Plan der kommunalen Zeitordnung« in einzelnen Schritten ausformuliert (vgl. Mückenberger 1992). Der Entwurf zielte auf die Zusammenhänge des gesamten Lebens, nicht nur auf die Arbeit, und er stellte die Forderungen und Veränderungen in einen konkreten lokalen, regionalen Rahmen. Die Erfahrungen des Alltagslebens sollten den Wahrnehmungshorizont für auszuhandelnde Regelungen abgeben und damit den Wert von Zeiten der Frauen Gewicht verleihen. Zeiten zum Sorgen – *tempi di cura* – gehören zu den expliziten Forderungen und Maßstäben.

Mit einer Million Zustimmungen im Volksbegehren wurde der Entwurf zwar nicht Gesetz. Doch wurden in den folgenden Jahren viele Einzelregelungen im Kommunalverfassungsgesetz eingeführt, mit denen kommunale Frauengruppen, meist unterstützt von Bürgermeisterinnen, neue Zeitpolitiken initiieren konnten (z.B. in Modena, Regio Emilia, Mailand). Schon 1990 wurde in der kommunalen Gesetzgebung festgeschrieben, daß die Bürgermeister die Öffnungszeiten des öffentlichen Dienstes und der Verwaltung so zu koordinieren haben, daß sie den Bedürfnissen der NutzerInnen entsprechen. In vielen Kommunen wurden unter Beteiligung Interessierter und Betroffener »Zeitleitpläne« erarbeitet, die z.B. Betreuungs- und Arbeitszeiten koordinieren und Öffnungszeiten von Läden, ärztliche Dienste am Wochenende und gestaffelte Anfangszeiten zur Entzerrung des Straßenverkehrs regeln.

In nahezu 80 Städten wurden »Zeitbüros« eingerichtet, die die Kommunalverwaltung für die Zeitbedürfnisse der BürgerInnen sensibilisieren und Zeitpolitiken anregen sollen. Mitte Oktober 1999 wurde mit den Stimmen der Frauen aller Parteien ein nationales Rahmengesetz im Parlament verabschiedet, die »legge Turco«[8]: »Bestimmungen zur Unterstützung von Mutter- und Vaterschaft, zum Recht auf Pflege und Bildung und zur Koordinierung der Zeiten der Stadt«. Dieses Gesetz verbindet arbeits- und sozialrechtliche Regelungen mit dem Ziel, demokratische Geschlechterverhältnisse herzustellen. Der Sozialstaat hat dafür soziale Dienstleistungen bereitzustellen und soziale Beteiligung auch durch finanzielle Hilfen zu ermöglichen. Ihm wird weniger die Aufgabe der Steuerung des Arbeitsmarktes zugewiesen. Die »doppia presenza« – die doppelte Anwesenheit – der Frauen, zunehmend in qualifizierten Berufen und in der Familie, ihre alltäglichen Vermittlungspraktiken zwischen privaten und öffentlichen Lebensbereichen geben die Leitlinien dafür.

Mit dem griffigen Kürzel »Zeiten der Stadt« hat das Projekt auch in Deutschland im Rahmen von kommunalen Reformen Anklang gefunden, z.B. in Hamburg, Bremen, Hannover und Hanau (vgl. die Berichte in: Mückenberger 1998). In der Versachlichung des Titels sind die ursprünglichen Initiatorinnen verschwunden. Aktive Frauen, sowohl in den kommunalen Beteiligungsprojekten wie in der administrativen Politik, müssen dafür sorgen, daß durch soziale Phantasie und Assoziationskraft die Anlässe und die Ziele der angestoßenen Veränderungen nicht hinter der Modernisierung der Verwaltung in institutionelle Vergessenheit geraten.

In der Verbindung der Perspektive von Fürsorglichkeit mit konkreten Zeitpolitiken wird deutlich, wie der weite Begriff in konkreten sozialen Zusammenhängen empirisch gehaltvoll wird. Care, Fürsorge, Fürsorglichkeit gehören zu den wenigen Begriffen in der feministischen Theorie, die aus einer meist verdeckten weiblichen Praxis entwickelt wurden. Durch die sozialen Umbrüche der Arbeitsgesellschaft entstehen Konflikte und Spannungen, in denen die Bedeutung fürsorglicher Praxis allgemein sichtbar wird. Die eng definierte berufliche Arbeitszeit umfaßt im Durchschnitt nur noch ein Zehntel der Lebenszeit. Doch die Grenzen zwischen Arbeits- und Lebenswelt werden porös. Die Erfahrungen und Vorstellungen von einer vielfältigen »Kultur der Beziehungen« und eigensinnige Lebensentwürfe sind der Stoff für realistische Utopien.

Anmerkungen

1 In Westdeutschland haben 1996 38% aller erwerbstätigen Frauen und 4% aller erwerbstätigen Männer Teilzeitarbeit, in Ostdeutschland gleich viele Männer und 14% der Frauen.

2 Der deutsche Titel »Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus« gibt nicht den Prozeß wieder, den Sennett beschreibt.

3 Den Hinweis auf Michael Diamonds Begriff gab Martin Teising in seinem Beitrag »Fürsorglichkeit, Autonomie und Geschlechtsidentität. Die Angst der Männer vor der (Un-)Abhängigkeit« auf dem Kassler Symposion 1998 »Fürsorglichkeit und Autonomie«.

4 Vgl. die Kontroverse zwischen R. Becker-Schmidt und H. Kramer um die Erfahrung von

Anerkennung von Frauen in Erwerbsarbeit und Hausarbeit auf jenem Soziologentag (in: J. Matthes, Hrsg., 1983, S. 412–433).

5 Ähnlich der Perspektive Joan Trontos in diesem Heft: »Demokratie als fürsorgliche Praxis fokussiert auf den komplexen Prozeß des Werdens demokratischer Bürger, wie auf die Aufgaben, die mit deren Demokratischsein verbunden sind.«

6 Die Perspektiven einer fürsorglichen Praxis sind weiterreichend als die im Kommunitarismus, da sie die vertrauten Institutionen Ehe, Familie, Nachbarschaft mit ihren Bedingungen und der Verteilung dieser Praxis im Geschlechterverhältnis kritisch betrachten.

7 Diese führt rasch auf die falsche Fährte, fürsorgliche Praxis im Bürgerengagement und Bürgerarbeit integrativ einzufangen.

8 Das Gesetz wurde von der Sozialministerin Livia Turco eingebracht, die eine der Initiatorinnen des Volksbegehrens gewesen war und Bürgermeisterin der Stadt Modena, in der das Projekt weitreichend praktisch erprobt wurde. Die Frauen aller Parteien stimmten dem Gesetz geschlossen zu, die Männer der Linken stimmten ebenfalls zu, die der Rechten stimmten nicht mit ab. Es bedarf jetzt noch der Zustimmung des Senats.

Literatur

Arendt, Hannah (1997): *Vita activa oder Vom tätigen Leben.* Frankfurt/M.

Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne.* Frankfurt/M.

Becker-Schmidt, Regina (1983): Entfremdete Aneignung, gestörte Anerkennung, Lernprozesse: Über die Bedeutung von Erwerbsarbeit für Frauen. In: J. Matthes, S. 412–426.

Benjamin, Jessica (1990): *Die Fesseln der Liebe. Psychoanalyse, Feminismus und das Problem der Macht.* Frankfurt/M. / Basel.

Bonfiglioli, Sandra (1998): Die Politiken der städtischen Zeiten. In: U. Mückenberger, S. 23–34.

Bonfiglioli, Sandra / Mareggi, Marco (Hrsg.) (1997): Il tempo e la città fra natura e storia. Atlante di progetti sui tempi della città. *Urbanistica Quaderni.* Rom, maggio.

Braun, Helga / Jung, Dörthe (Hrsg.) (1997): *Globale Gerechtigkeit? Feministische Debatte zur Krise des Sozialstaats.* Hamburg.

Dahrendorf, Ralf (1983):Wenn der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht. In: J. Matthes, S. 25–37.

Eckart, Christel (1990): *Der Preis der Zeit. Eine Untersuchung der Interessen von Frauen an Teilzeitarbeit.* Frankfurt/M. / New York.

Eckart, Christel (1993): Normalarbeitstag, Teilzeitarbeit und Frauenautonomie. Die verleugneten Voraussetzungen des »Normalarbeitsverhältnisses« und ihre Wiederkehr in weiblichen Biographien. In: *Widerspruch,* H.25, 13. Jg. Zürich, S. 109–123.

Eckart, Christel (1999): Fürsorglichkeit. Soziale Praxis und moralische Orientierung. In: B. Jansen u.a. *Soziale Gerontologie. Ein Handbuch für Lehre und Praxis.* Weinheim / Basel, S. 414–425.

Fraser, Nancy / Gordon, Linda (1993): Dekodierung von »Abhängigkeit«. Zur Genealogie eines Schlüsselbegriffs des amerikanischen Wohlfahrtsstaats. In: *Kritische Justiz,* H.3, S. 306–323.

Geissler, Birgit (1998): Alltagszeit und die »Zeiten der Stadt« – von Italien lernen. In: U. Mückenberger, S. 35-42.

Gerhard, Ute / Schwarzer, Alice / Slupik, Vera (Hrsg.) (1988): *Auf Kosten der Frauen. Frauenrechte im Sozialstaat.* Weinheim / Basel.

Jansen, Birgit (1997): Lebensweltorientierung und Häuslichkeit. In: U. Braun / R. Schmidt (Hrsg.): *Entwicklungen einer lebensweltlichen Pflegekultur.* Regensburg, S. 77–95.

Kontos, Silvia / Walser, Karin (1981): *»... weil nur zählt, was Geld einbringt«. Probleme der Hausfrauenarbeit.* Gelnhausen.

Kramer, Helgard (1983): Hausarbeit als Rückzugsmöglichkeit und Gegen-Erfahrung für Frauen unter den Bedingungen taylorisierter Industriearbeit. In: J. Matthes, S. 427–433.

Matthes, Joachim (Hrsg.) (1983): *Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982.* Frankfurt/M. / New York.

Mückenberger, Ulrich (1992): »Tempi della Città«. Zeitkoordination als Aufgabe kommunaler Gestaltung. Und Dokumentation »Die Frauen verändern die Zeiten«. In: *Kritische Justiz,* H.1, S. 98–111.

Mückenberger, Ulrich (Hrsg.) (1998): *Zeiten der Stadt. Reflexionen und Materialien zu einem neuen gesellschaftlichen Gestaltungsfeld.* Bremen.

Negt, Oskar / Kluge, Alexander (1992): *Maßverhältnisse des Politischen.* Frankfurt/M.

Noddings, Nel (1993): Warum sollten wir uns ums Sorgen sorgen? In: H. Nagl-Docekal/ H. Pauer-Studer (Hrsg.): *Jenseits der Geschlechtermoral.* Frankfurt/M., S. 135–171 (englisch 1984).

Nussbaum, Martha / Sen, Amartya (eds.) (1993): *The Quality of Life.* Oxford.

Ostner, Ilona (1995): Wandel der Familienformen und soziale Sicherung der Frau oder: Von der Status- zur Passagensicherung. In: D. Döring / R. Hauser (Hrsg.): *Soziale Sicherheit in Gefahr.* Frankfurt/M., S. 80–117.

Ruddick, Sara (1993): *Mütterliches Denken. Für eine Politik der Gewaltlosigkeit.* Frankfurt/M. / New York.

Sennett, Richard (1998): *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus.* Berlin.

Sevenhuijsen, Selma (1997): Feministische Überlegungen zum Thema Care und Staatsbürgerschaft. In: H. Braun / D. Jung, S. 74–95.

Stolt, Susanne (1999): *Zwischen Arbeit und Liebe. Eine empirische Studie zum Wandel der Geschlechterbeziehungen in Ostdeutschland seit der Wende.* Dissertation. Kassel.

Tronto, Joan (1993): *Moral Boundaries. A Political Argument for an Ethic of Care.* New York / London.

Weber, Marianne (1919): Die Frau und die objektive Kultur. In: Dies:, *Frauenfragen und Frauengedanken.* Gesammelte Aufsätze. Tübingen, S. 95–133.